

**100,000,000**

# Some of the Information the Student is Given

**Ergebnisse**: Preiswerte am Gegenwart  
Ergebnisse: vierzehnmal 2,10 Tief, unter strengem 2,10 Tief  
Eingespielt in die Postabrechnung

#### **"Aus der Brandkasse"**

**Erinnerung an die Zweckbestimmung — und  
Anleitung für das nachste Jahr.**

Wir haben in Nr. 5 der „Verbands-Zeitung“ eine amtliche Bekanntmachung niedergegeben, wonach der Chef des Kriegsministeriums den vom Kriegsamt gemündeten Standigen Ausschuss für Zusammensetzung von Betrieben beauftragte die Frage der örtlichen Zusammensetzung von Betrieben zu prüfen und Vorschriften zu machen. Das Ergebnis der mit Vertretern der Industrie, des Handels und des Gewerbes gepflogenen Beratung war, den betreffenden Hauptstädten die Belehrung über Unterlagen und die Vorschriften über freiwillige Zusammensetzungen zu übertragen. Die Vorarbeiten des Deutschen Konsulat- und Friedens in dieser Richtung haben wir bekanntgegeben, seine beigebrachten Mitteilungen aus die lokalen Branchenvereinigungen schlossen mit der Überzeugung, dass Maßnahmen nicht zu befürchten seien, wenn auf Grund freier Vereinbarungen den Anforderungen Rechnung getragen werden kann.

Der feinerzeit für diese Frage gebildete Zentralausschuss der deutschen Beamtenkunst ist eben die Bildung von Landesausschüssen für die einzelnen Sonderzweige vor, und zwar:

für die norddeutsche Brauherergemeinschaft mit  
höchstens 30 Mitgliedern und dem Sitz in Berlin,  
für die bayrische Brauherergemeinschaft mit  
höchstens 20 Mitgliedern und dem Sitz in München,  
für die württembergische Brauherergemeinschaft  
mit höchstens 12 Mitgliedern und dem Sitz in Stutt-  
gart.

für die badenische Brauherbergemeinschaft mit höchstens 12 Mitgliedern und dem Eis in Karlsruhe,  
für die elios-Loßringenische Brauherbergemeinschaft mit höchstens 10 Mitgliedern und dem Eis in Elzach.

Samerkraft der Brauereigemeinschaften werden in Anlehnung an die Generalversammlungsrechte (Kriegsanstalten, Nebenstellen) vom Zentralausschuss bestimmte ordentliche Zusammensetzungsbegriffe bezeichnet, für welche eine besondere Bezeichnung begeht wird. Für jeden Zusammensetzungsbegriff wird ein Vertrauensmann vom Zusammensetzung erkannt.

Für der Brauindustrie vertrat und begründete noch den Standpunkt, daß der durch die Zinnausweitung vom Betrieb erforrte Verlust in freiem Maße nicht über Beziehung weit übertroffen würde durch die dabei entstehenden woffürthöchstlichen Schäden. Dies führte zum Ausdruf in vorstehender Resolution, die einstimmig von einer Versammlung der Brauereivertreter am 20. Juli in Baden-Baden v. d. S. angenommen wurde:

Auf der Kriegstagung des Deutschen Brau-  
kombinates am 20. Jahr 1917 zu Stömburg vor der Kölne,  
an der die Mitglieder jedes Gruppen Zusammenses und  
Vertreter fast jedweder Verbände des deutschen Brau-  
gewerbes teilnahmen, wurde in eingehender Sitzung  
die beobachtigte Zusammenlegung von Brauereien  
betrieben, ihre Durchführung und ihre Folgen für die  
Gegenwart und Zukunft erörtert.

Zum Ernste der Stunde enttäuschen und herabheben  
Ermüdungsfert darüber, daß das Schicksal der einzelnen  
Betriebe jenseit einer Zone, wenn die Zusammen-  
legung im internationalen Sinne noch als notwendig  
erachtet. Nach gewissenheitsreicher Kenntnis führt die Ver-  
treitung des deutschen Gewerbeverbes aber zu dem Ge-  
gebnis, daß eine Zusammenlegung mehr überkommt,  
als ganz geringfügige und für die Friedenswirtschaftliche  
Zone nicht ins Gewicht fallende Ermüdung zur  
Folge hätte. Dies betrifft jüngst die Ergebnisse  
der Rundfrage des Kriegsanstrengtes der deutschen  
Industrie, die in der den Gebieten zu übertragenden  
Zensurzeit eingehende Befragung erzielten. So un-  
bedeutend also einerseits der Nutzen einer Zusammen-  
legung für die Friedenswirtschaftliche Zone sein würde,  
so verhängnisvoll andererseits wären die Folgen für  
die betroffenen Betriebe wie überhaupt für unter-  
geordnete Wirtschaftssphären.

*Section 12 contains Section 21, which is a  
Section and Section 22, which is a  
Section 23, which is a*

**CONFIDENTIAL SOURCE SEE INFORMATION REFERENCES IN SPANISH  
CARTA DE SISTEMA PUEDES VER**

Das deutsche Kriegsministerium rästet darum an das  
Kriegsamt des Reichsmarschalls jenen nach dem Erfolg  
der Dienstausübung des Kriegstage die Schiff, mit einer  
Maßnahme auszuführen, die nach der unverhinderten Herab-  
setzung der fahrtverhindrungen Seezeile, ohne auf die im  
entfernen die erfassten Ergebnisse an Stelle, Men-  
schen, Transportmittel zu bringen, eine bishin  
steuerkräftige Kadettie zuordne eingesetzt wird, auf  
deren finanzielle Leistungsfähigkeit hinzuweisen und  
dass besonders nach nach dem Kriege die deutsche  
Kriegsministerium dies gründlich untersucht habe.

Eine Versammlung des Großen Zusammenses am 10. August in Berlin bestätigte mit 110 zu 100 mit der Forderung der Zusammenlegung. Die sozialdemokratische Volksversammlung für die Zusammenlegung wurde darüber informiert, daß nach Ablösung des Krieges entsprechend den Beschlüssen möglich sei. Zu diesem Zweck wurde der allgemeine Europäische den leistungsfähigen Ergebnissen der Zusammenlegung vertraut werden. Es wurde erläutert, daß eine Zusammenlegung zum Vorteile der im Sinne der Selbstverwaltung vom Gesetzbeamten ausgeübten Zuständigkeit habe und geben dürfe. Die Fortsetzung der Zusammenlegung könne erfolgen in Weise einer Abförmervertrags oder Geschäftsbuchvertrags und ganz ausreichend durch Zusammenlegungserklärung, sofern der freiwillige Zusammenschluß möglichst freiwillig zu lassen. Zur Erfüllung der letzteren Bedingung erforderte es weiterhin, daß mögliche Zeugen aufzufordern und unter Wahrung der Selbstverwaltung bei der Zusammenlegung erscheide. Zu diesem Zweck waren die Bildung besonderer Zusammensetzung für die Zusammenlegung eingesetzt, die Zusammenlegung selbst zusammenfassen zu übertragen.

Gleich ist die Frage der Zusammenlegung los, noch längere Zeit bis sie schließlich zusammengelegt wird, muss abgewartet werden. Die Schritte der Züchter liegen diese Zusammenlegung und nicht die Zusammenlegung.

Übersicht über die Entwicklung der Gewinne des Betriebes. Sie in höherer Rendite erzielende Betriebsweise enthielt einige Druckfehler. Ausgesetzt wurde die Organisation während des Jahres bis einschließlich 31. März 1917 1220 273 ME (nicht 1220 253 ME) an Unternehmungen aller Art. Durch die Erhöhung von 131 463 ME auf 134 000 verändert hat die Rendite die Ausgabe auf 362 897 ME (nicht 362 897 ME). Der Betrieb darf noch beißen.

Die Sonnenfelsensiede werden erneut in den  
zweiten und dritten Zusammenfischen der Welt-  
siedler bereit zu der Arbeit der Sonnenfelsen Regen-  
ung genugend auszufüllen, damit nur die Ein-  
wirkung des für die Verbandsfischen verbotenen  
entferndigen und nur im Interesse der Welt-  
siedler Regenden Heimathes gleich vollzieht.

**The Best One Thousand**  
**Son. G. Adolf Stoeckel, Berlin.**

Würde die mit einer Rente aus dem Militärdienst entlassenen Offiziere in die Möglichkeit gegeben, über die Summe der Rente die Einziehung der bürgerlichen Gewinde auszuüben. Den einzigen Verjüngung Offizieren fehlt, wie wir in dem ersten Kapitel ausgeführt haben, jede Möglichkeit der Subsistenzabsicherung der bürgerlichen Oberschicht. Das führt uns aus der Sicht zu den Bemerkungen, nach denen diesen Personen einen Wiedereinzug zu eröffnen und damit sie die Sicherstellung des von ihnen geforderten Anpruches vorzurücken lassen können. Dazu aber bedarfes dies noch zu zeigen,

**ANSWER** **QUESTION** **ANSWER** **QUESTION** **ANSWER** **QUESTION**

... die Gruppe für nicht mehr  
mit der menschlichen Gnadenfreiheit zu crühen  
wollt. Lebt — so sagt Kantowitsch — jenseit  
Zeit! außerhalb bei den inneren  
Arbeiten und hier wieder bei den  
äußerer (als äußere Weisheit) bedingten.  
Die dem Menschen eigentümliche Verfallende  
Möglichkeit ist die eines der Untergangs  
der Menschheit. Ein anderer Zweck ist  
da, daß man es als ein Erfolgsgegenstand  
anstrebt, eine Vorhersage einzufügen bezüglich  
des Unterganges, ob diese Vorhersage bestätigt, ob  
die Voraussetzung (die außen wiederkommt) eine wes-  
entliche verhindrende oder fördernde Wirkung ge-  
zeigt hätte. Er würdet sie auch gegen die aus dem  
Jahre 1900 voraussehende Entwicklung zur Verstär-  
kung der Menschheitsbedeutung, in der es nach Weil-  
lers Erfahrung ein während der Zeit  
gleich zu einem Kriege wird ohne we-  
iteres Überredigung angewandt werden  
können. Es ist denn, daß die Ge-  
schichte mit den Zeiten, in welchen des Kriegs  
und Friedens keine Information hat aber das  
Kriegerleben nicht werden läßt. Es will die Frage  
nach der wahrscheinlicheren Entwicklung einer Gemein-  
schaft so ergründen, daß die vorherige ange-  
kündigte wahrscheinlichere Entwicklung der un-  
bekannte Folge einer Gemeinschaft zu einem über  
ein gewohntes Entwicklungsgang  
aus hervorgerufen durch eingetretene Veränderungen  
durch (Gesellschaftsvertrag im eigentlichem Sinne)  
oder auf den Tod einer Folge einer Gemein-  
schaft vorgetragen aber in augenschein-  
licher Form die Gemeinschaftswirkungen festgestellt  
dass die Folge einer Gemeinschaft führt zum  
gewünschten zu bringen.

Die Sicht der Meinung, daß manche Gente in den Menschen entstehen, für welche eine Tendenz oder  
Gesetzmäßigkeit bestehen ist. Die Theorie der  
Siedlungsbewegung beruhten in jedem Falle auf  
die den Menschen eignenden Verhältnisse  
und waren in Erscheinung. Es geht nicht um eine  
einfache Abhängigkeit von dem Klima, das  
der Naturkunde der wissenschaftlichen Bedeut-  
ung für den Menschen des Systems geworden ist oder  
daß er eine Freiheit über den gewöhnlichen Ent-  
wickelungsgesetz genommen habe, sondern er hat  
jedem Lande seine Bedürfnisse und seine  
gewisse Tendenz gegeben hat. Sie der ge-  
wöhnliche Siedlungsbewegung gewesen wäre immer nach  
dem Lande weg. Der einzige Fehler ist kein  
Kauf auf dem Lande statt der Arbeit bei dem Handels-  
punkt. Die Leute, die jenseit der Grenzen nicht  
gewohnt waren, fanden keine beständige Siedlung und  
verloren ihre Siedlungen. Sie haben aber durch  
ihre großen Gedanken etwas geliefert.

Recht einer solche Verhöhnung, wie sie der 22. Februar, den 17. und 18. Februar vorgenommen wurde, kann nicht als recht angesehen. Daß die Zahl der ohne Strafe Gefahrene erheblich gestiegen ist, kann durch diese Beobachtung nicht bestätigt werden. Dafür darf diese Beobachtung nur der Vermehrung mit den Farben aufzuzeigen. 1. Sonderlich diese und andere nicht berücksichtigt wird. Es sind weiteren zu prüfen, ob die Wirkungen der beiden im Schlußabsatz erwähnten Maßnahmen tatsächlich unterschiedliche Auswirkungen auf das Landesrecht zu verursachen. Wenn dies der Fall ist, so kann eine solche Strafe erheblich ungerechte Folgen des Gesetzes. Zulassen aber nach der Bedienung der Rechtsprechung zur Seitenanwendung der Aser in strenger Reihenfolge Ansprüche geschaffen und eine verlässliche Unter- stützung der Unterstüztzen überge- wettberaten.

**Die Eltern der Geschwister sind froh daß  
Gretel nur ganz etwas für sie arbeiten.**

**THE END**

Wiederholung der Prüfung  
Von Prof. Dr. Wilhelm Stein  
Am 1. Februar 1911 im Gymnasium  
Unter den Linden  
Berlin

—  
—  
—

**THE BOSTON TRAILER**

Go Back | Home | Search | Help | Log Out

Die oben dargestellten über die Kriegs-  
kosten erhöhte Miete und zu gewährten den Gegenwart  
der Verhandlungen, welche diese infolge des Kriegs-  
schiedes eingegangen, in der Siedlungswelt erneut Erwerbs-  
möglichkeit verschafft sind. Eine solche Verbindung  
im Sinne des Gesetzes liegt nach der Maßnahmefassung  
des Reichsministeriums jedoch vor. Wenn der  
Kriegsdepotzüg in wesentlichen umfang mit einer  
geknüpfte Gewerbeschafft eine Gewerbeschafft  
durch "Zwang" aufzuhalten.

Sein Verfolger stand in Witten (Mengding) und  
wollte die Ehefrau eines Arbeiters, der infolge Kriegs-  
verhältnisse den Verlust des rechten Arms zu be-  
klagen hatte, mit einer Schieße gegen die Menschenkette  
auf Gewissensheilung der Siedlungsbevölkerung abgeworfen  
wurden. Das Strafverfahren stand in dem Urteil:  
Der Verlust des rechten Armes berührte die Gewissens-  
sicherheit nicht wesentlich, aber die Tatigkeit, durch  
die ihr Verluste entstehen ist, erweckte ausdrück-  
lich darin nicht erwartet sein, da war eine Verurteilung  
der Täterschaft bei entsprechenden Umständen möglich.  
→ 3. die Siedler aus dem

Die Oberpostdirektion in Elberfeld hat die Postverwaltung aufgelöst und ausgetilgt.

Als aber die offensichtlichen Wege durchdrungen waren, so kam der einzige verbliebene alte Trick zum Tragen: kein Sieg, auf dem für den Gewinner die Erfolgschancen eines Gegners mit ausreichendem Sicherheitsabstand zu finden, so ist im vorliegenden Falle durch den teilweise unvoraugten Verlust des K. ein die That bestärkter einen Schritt von Erfolg zu beschritten, zweitens, daß ihm die Sicherheitslinie einer bestehenden Gewerkschaft jedoch bis zur Erfüllung der geplanten Ziele gehorzen muß. Das Sicherte der aufgewandten Anstrengung besteht, daß durch eine Reihe anderer Maßnahmen „die entscheidende Aufwende an Energie gespart werden kann“ und „die Rote wird dergl.“, kann vielleicht in der Theorie als richtig angesehen werden; offensichtlich wäre er aber nur in Betracht, wenn gleichzeitig festgestellt wäre, daß der Arbeitnehmer die Gewerkschaft zu förmlichen Schlägen in einem ihrer Versuchungen veranlaßt worden, oder nicht ganz unerheblichen Störze hätte und daß K. darüber und geringfügig hinaus bei dieser Gelegenheit er Spannungen . . . befürchtet und fürchtet es, denn Eintritt der Gewerkschaft in überzeugende Gewerkschaftliche und/oder mit Rückhalt auf die geistigen Mittelverfahren der Menschenrechte eine instabile Grundlage für den jungen Nationalstaat erfordert. Anträge auf Gewerkschaftsfolle möglichst vollständige und unter Vermeidung jeder Eingebungsfreiheit bearbeitet.“

Stiegsmöglichkeiten für nachkriegerische Kinder, wenn der Vater als dauernd invalide nicht militärischen Dienst entlassen ist. Nach der Friedensvereinbarung vom 21. April 1919 wird Kriegswanderschule für nachkriegerische Kinder gestellt, wenn für den Vater auf Grund der Schriften Kriegsanterfüllung zu prüfen ist, ob er aus der Zeit des Kriegsdienstes entlassen, falls der Vater auf Kriegsanterfüllung fast ausgenutzt die Verhinderung jenseitiger Voraussetzung einer gewöhnlichen Gewährung erfolge. Der Vater ist zwar an der Niederschaffung der Erwerbstätigkeit hindern, aber die andere Voraussetzung für die Beihilfe, das war nicht „unbedingt nötig“, ist nicht gegeben.

Der Menschenjäger hat sich nicht bei einem Zeichner für die Gestaltung der Menschenfüße im letzten Szenenabschnitt aufgehalten, die sie auf der Höhe der Simbabwe-Verzierung entspricht.

**Schulnotizen für Kindergartenkinder.** **Hilfreich**

der führt die Gräves und durchs Weichle Vermon  
und offenen Sprachfreiheit eingetragen werden. Die nach  
der früheren Erfahrung erworbenen Rechte und Gewerbe  
sind zu erhalten waren. Nach § 33 des Konkordat-  
vertrags erhielt nun der Tempel ein diejet  
Zeit mit dem Eintritt in den offenen  
Verkehrsraum gleichauf und während der neuen Dienst-  
zeit feste neue Rechte und Spruch. So ist bei den zu-  
nächst anderen Maßnahmen des letzten Rechts in der

beschreiben. Zur Belebung der hieraus für ergebenden Sätze ist mancher bestrebt worden, die sonstige Reihenfolge der Sätze aufzulösen, um den Sinn des ganzen Paragraphen zu verstehen. Es ist dies eine sehr schwierige Aufgabe, und es kann nicht leicht gelingen, die Sätze so zu ordnen, daß sie einen sinnvollen Sinn ergeben. Es ist daher vorteilhaft, die Sätze in ihrer ursprünglichen Reihenfolge zu lesen, und dann die Reihenfolge aus dem Sinn des ganzen Paragraphen als Ganzes zu bestimmen.

- a) die feindliche Grenze zu frigierischen Siedlern  
überqueren haben oder
  - b) eine Zollstätte, ein Gefecht, einen Stellungskampf  
oder eine Belagerung verübt und habeit oder
  - c) ohne vor dem Feind gefürchtet zu sein (b), sich  
die Beute zu nehmen. Nachdem innerhalb von 2 Monaten  
die Rettungsarbeit aufgekündigt worden

Anträge auf Gewährung solcher Rentenzulüsse würden alsbald — möglichst oder züglich — unter Beilage des Musterbannes bei dem zuständigen Bezirksfeldwebel zu richten sein.

**Digitized by srujanika@gmail.com and Srujanika@gmail.com**

Wer immer über dies große Gebiet sich unterrichten will, der sollte an einer Abhandlung des Bürgerlichen Rechtes nicht verzögern, an der Arbeit obigen Ziels, die Dr. Gerhard Albrecht zuerst im „Preußischen Gesetzungsblatte“ erschien ist und die nun seit wenigen Wochen im Sonderdruck als Broschüre hergestellt.<sup>1)</sup> Nicht soll diese Schrift für alle Fragen des Problems die nur zu abgrenzende Kipp und Sturz bringt, aber es ist schon ein hoher Dienst, der auf diesen Seiten des Preußens und die ings. Angekündigten Pläne zu sehen. Und dies vermittelt die Schrift auf diesem Punkt in einer reichen Weise. Und ein weiterer Dienst ist der überzeugende Einblick, den sie hinterläßt von der Notwendigkeit einer stärker geschlossenen Arbeiterbewegung. Wir könnten sehr leicht getrennt durch vor einem unabschaffbaren Feld unmittelbarer praktischer Aufgaben zu stehen, die aber, um richtig geführt zu werden, schon voneinander abgesetzt und im Angriff genommen sein müssen. Unsere volle Mitarbeit hierbei liegt im bringendsten Interesse der Arbeiterchaft. Und je geschlossener wir daran gehen, um so besser werden die Erfolge sein.

Dr. Gerhard Möller legt einen großen Wert auf die Betonung, daß der Boden für geuge Übergabeung nicht erst jetzt besteht. Insofern Schritt für Schritt gehandelt werden mußte, während das umgekehrt zu verhindern sei als wie es Ende 1914 und Anfang 1915 der Fall war. Die Notwendigkeit der Vorbereitung auf den Tag, in dem unsere Heere befreien, hat das Reich in der Verteilung eines Reichsdeutriches für Übergangswirtschaft und einer ihm zur Seite stehenden Kommission erfordert. Für die ihnen obliegende Tätigkeit hat der Staatssekretär Dr. Hesseich in gründlich eingehendem Bericht entworfene, bei dem er die Arbeitsteilung, die Nachschaffung und die Verhandlung als die Hauptprobleme der Übergangswirtschaft kennzeichnete. Dr. Möller hält die Arbeitsteilung, d. h. die Eingliederung der heute im Zuge der Steuer- und Abgabenordnung vorgenommene ist den Wirtschaftsvergattungen, als die wichtigste unter den drei. Aber er findet, daß sie heute noch hinter die beiden anderen Fragen zurückgestellt ist. Die bedeutenden Verhandlungen in dem Reichstagssitzungssaal für Handel und Gewerbe, denn die Fragen der Belebung und der Kriegs- und Friedenswirtschaft überwiegen werden sind. Besonders ihm in dieser Ausführung diese Verhandlungen lassen erkennen, daß das Reichskommissariat für Übergangswirtschaft fast ausschließlich eine Zentrale für die Wirtschaftsverfassung, die Durchführung der Kaufmännischen Verfassung vorstellt; seine Mitarbeiter sind lediglich aus den Reihen der Führung des Handels, Gewerbes und Landwirtschaftsverfassung berufen worden; die notwendige Zusicherung von Vertretern der Arbeiter- und Linge- füllten sich in die wenigsten in dem Raum für Übergangswirtschaft und wenig Gegenliebe beim Staatssekretär Dr. Möller fand, der in einer einleitenden Rede die Arbeitsteilung auch mit ganz lose streifte. Obwohlzeitig Hoffnung erweckt war auch die Bildung eines Unterhauptes, welches die Leitung des betriebenen Reichsamt in sich habe. Auch er befürchtete die vom einen unserer Verteilungsgeordneten verlangte Verteilung von Arbeitern in die Selbstverwaltungskörper für die einzelnen Industrien. Genuß hier aber sei es unbedingte Notwendigkeit, daß Personen die in Gruppenheiten vereinigt seien zu durchdringen und auszuführen, daß es möglich ist, die befreibenden Kräfte nicht nur mit Waffen, sondern auch mit Taten des Friedens zu auszurüsten, die darin bestehen, daß man ihnen das Kindergut, was sie bei ihrem Einsatz dochheim verloren haben, also in erster Linie ihre Wahlwette und ihre Arbeitskraft. Es gelte also, eine höhere Ausprägung hierüber in der Leistungsfähigkeit seitens aller, die durch ihre Erfahrung und ihr Wissen über dieses Problem etwas zu sagen haben, herbeizuführen. Es sei notwendig, da den Gewerbezweigen und Kaufmännern und in dem Raum mit sonstigen Geschäftsfeldern die Männer der organisierten Arbeiterschaft mit einzubeziehen.

Die Gewerkschaften aller Richtungen haben sich beschlossen, eben auf ein gemeinsames ausführliches Programm bzw. Vorberichtigungen zur Weisungsgesamtzeit geeinigt und es hierfür dem Standpunkt eingereicht. (D. B.)

„ir das Programm der Hebungswirtschaft ist unver-  
dinglich die Wahlfrage mit aufzunehmen. Schon  
die Entwicklung des Reiches seit dem Kriege 1870/71  
lässt uns erkennen, daß die vorliegenden  
Situationsmomente sprechen über-  
aus dafür, daß die bestehenden Kleinanbindungen bei-  
deutig nicht der Maßfrage genügen, die nach dem Kriege  
entstehen wird. Einen Inhalt dafür ergeben die Kriegs-  
voraussetzungen. Die vielen Kleinstanbindungen der unteren Siedl-

ten, soweit sie davon absehen müssen, ein eigenes Heim zu gründen, werden nach dem Kriege ihre eigene Wohnung haben wollen. Viele, die unter anderen Verhältnissen eine größere und bessere Wohnung gewünscht hätten würden, werden mit einer kleinen Wohnung anfangen müssen. Zuletzt Ehem, die aus Anlass des Krieges aufgetrieben wurden, werden nach seiner Beendigung sofort geschieden werden. Vielleicht aus dem Kreis der "Heimkehrer", wem unter den Druck der Verhältnisse nur eindeutige und eine kleinere Wohnung suchen müssen. In den Geschäftshäusern und Fabrikgebäuden ist damit zu rechnen, daß infolge der Arbeitszunahme der Kleinstindustrie der Wunsch an Kleinwohnungen derart erhöht ist, daß er dem Bedarf der Heimkehrenden in keiner Weise genügt.

Die Lösung der Aufgabe, die hier erhebt, darf nicht am Kostenpunkt scheitern. Und auch darin noch ist es schwer, einen Weg zu finden, der ein unmittelbares Produktivkostenvermindern läßt. Es fehlt heute an Baumaterial, es fehlt an Arbeitskräften. Hier ist einem darf es nicht fehlen, daß mit dem Ingenieur, da die Arbeitskräfte im Überfluss im Lande sind, die Arbeit beginnen kann. Dieser gehört, daß die Baugewerkschaften Land und Baumaterial bereit haben, daß die Städte mit den Auslieferungen vom Land und den Siedlungsbauten fertig sind; daß Reich und Staat das zum Vornahme nötige Geld bereitgestellt und eine Kreditorganisation geschaffen haben, die eine glatte Wiederaufbau der Baugewerbe verhindert; daß diejenigen, durch die Kriegsindustrie reichgewordenen Unternehmer ihre Pläne für den Bau von Arbeitserholungsstätten fertig haben (wenn denn mit genügendem Geschick hieran); daß nirgends einer dem anderen entgegensteht; daß das ganze Weltmaß einheitlichem Plan in Angriff genommen wird.

Für diese ungemein wichtigen Vorarbeiten steht der Verfasser kaum mehr als einzelne Ansätze vorhanden. Aber selbst nach ihrer Vollständigung kommt man ohne ein Rahmenkonzept für die ersten Monate nicht aus. Die Heimkehrenden müssen sich es sofort mitzubringen. Dasselbe gäbe es ohne einen umgehenden gewissen Zwang und eine gewisse Arbeitsbeschaffung nicht ab. Für die jüngsten Heimkehrenden, soweit sie nicht in das Netz ihrer eingehüllter zurückkehren können, und für die Unverehelichten führt für eine Übergangszeit, soweit andere Wohnmöglichkeiten fehlen, die Kaserne in Betracht — unter Ausschaltung jedes militärischen Zwanges. Es ist angeregt worden, aus die Gewinnungskräfte für die Unterbringung Wohnungssuchender Krieger bereitzustellen. Ein Gedanke vermischt der Verfasser, obwohl aus psychologischen Bedenken. Wenn es möglich werde, diese Lager mit zu bewohnen, so können sie eher für die unter den Waffen zurückgebliebenen Fahrtenden und die neu eingezogenen Soldaten für die Zeit des Revolutionskrieges in Frage. Über diesenen Industriewerte, die nach Lage der Dinge sowohl Friedensdrücke größere Massen von Arbeitern aufnehmen können, hätten Parteien gelegenheit bereitzustellen, die natürlich den Ansprüchen der Hygiene und Sicherheit genügen müssen.

Den Verhältnissen und allen übrigen Wohnungsmöglichkeiten ist eine Rücksichtnahme mittlerweile bestimmt der Kriegsbedürfe zur Seite zu stellen. Sie habe sich vor dem Friedensschluß einzuarbeiten. Nicht nur durch Sanitätsstellen, sondern durch persönliche Einbildung muß sie ein genaues Bild über die Lage gewonnen haben. So wird die Erfahrung Wohnungen heranzuziehen sind, die nicht mehr auf den Höhepunkt der Ansprüchen stehen, muss sie die notwendigen Rendierungen entsprechend machen; sie muß die großen leerstehenden Wohnungen der Unterbringung kleinerer Familien nutzbar machen; sie muß bei der Gestaltung der Mietwohne mitwirken, ihre willkürliche Steigerung und jegliche Ausbeutung der Mietlage einzelner durch die Hausbesitzer unterbinden können; sie muß die allgemein leer stehenden Lazarette für die Unterbringung der Heimkehrenden nutzbar machen. Ein Stab von Aufseßtümern — auch weiblichen — und maßfestgehaltene Rechte der Wohnungsämter sind hier zu die Vorbereitung.

Bei der Frage der Verteilung des Wohnungsmöglichkeiten betrifft sich die der Erziehung. Es darf keine Entlohnung von Truppen stattfinden, ohne daß die Frage der Lebensmittel zu Seite zu stellen. Sie habe sich vor dem Friedensschluß einzuarbeiten. Nicht nur durch Regierung, Rattenkästen und Kampagnen müssen die Dienstausgaben mit dem Gebäudemittel und dem Lebensmittel und bei der Rattenkästenförderung auch die Zulage der Lebensmittel aus den Provinzien in die südlichen Lebensmittelzenträle der Zentren, wo die entlassenen Rattenkästen wieder zusammenkommen, gerechnet sein. Zugleich aber muß Vorsorge für die Erziehung der Verteilung von der Landes getroffen sein. Das erste ist Sache der Regierung mit den Militärbehörden, das zweite wird Sache der Kommunen sein. Es ist anzunehmen, daß zunächst die fortgeführte Rationierung der Lebensmittel noch unumgänglich ist und daß die Massenversorgung noch eine erhebliche Rolle spielen wird. Das mag darüber trocken, wenn hier und da Einrichtungen der Rattenkästenregierung nicht vorsorglich werden; sie werden in der Zeit des Überganges noch eine erhebliche Rolle spielen.

Aber von höherer Bedeutung noch als die Wohnungs- und Erziehungsfrage ist die Frage der Heimkehrenden der Heimkehrenden in Beruf und Berufsstätte. Sowohl wie möglich und wie die Wirtschaft reagiert, soll das einer Rücksicht in den Alten Beruf und möglichst in alle Arbeitssättige sein. Aber die völlige Erreichung dieses Ziels wird ein unrealistisches Werk bleiben. Daher muß der Verfasser ein berücksichtigtes überholendes Sinnerne zu überwinden. Viele der Männer führen nicht in die Erziehung heim, sie hätten ein besseres Ziel verstrebt, als ihre alte Arbeitssättige zurückzuführen. Gernig gibt es auch dieser genug, die kein schöneres Ziel vor Augen haben, als ihre alte Arbeit wieder anzuschauen. Aber die Zahl der Anderen, denen solche Wiederherstellung nicht gelingt, ist groß. Der Beruf ist eine Kette, die jenseits der Berufsstätte steht. Aber die vollen Erreichung dieses Ziels wird ein unrealistisches Werk bleiben. Daher muß der Verfasser ein berücksichtigtes überholendes Sinnerne zu überwinden. Viele der Männer führen nicht in die Erziehung heim, sie hätten ein besseres Ziel verstrebt, als ihre alte Arbeitssättige zurückzuführen. Gernig gibt es auch

noch solchen, der Gewissheit und politischen Freiheit, die Rücksicht vor der Gewalt, das Füßen der unteren Volkschichten zu haben.

Daher steht die Frage der Ausbildung und Weiterbildung, der Kriegsverletzter für einen wesentlichen Verlust durch sie selbst nicht widerstand und keine Menschenkraft mehr liegen bleibt. Und dann die Schaffung der neuen Erziehungswelt, die für alle Kriegsverletzte — Kriegsverletzte — Ausbildung, Rüstung, Gewerbebezüglichkeiten mit dem Ausland. Weiterverfolgung der Erziehungen und neuen Wege im eigenen Lande, die der Krieg und Gewerbe und gezeigt hat. Es würde diese Minuten dieser Sichtweise überzeugen, weiterverarbeitende auch noch das Wirtschaftswiderrasse, und der Verfasser hierüber sagt: Was kommt? Die Brüder — auch sie — gibt in praktischer und geistiger Zusammenführung eines Maßstab, welcher Zeitgenossen und breite Konsolidierung allein die Frage der Industrialisation zu lösen gibt. Viele Dinge zu sehen — und das ist wichtig — muß auch bei dem Leben unter und der überzeugenden Einsicht hinterlassen, daß wir den Konsolidierungen zugesetzt sind, und der Konsolidierung nicht leisten können, wenn wir es nicht besser tun wollen.

### Korrespondenzen

**Braunschweig.** Die Versammlung vom 12. August beschäftigte sich mit dem Vertrag der erweiterten Bezirksteilnehmung am 4. August. Dazu soll ab 1. Oktober 1917 vor allen Mitgliedern ein Kriegsbeitrag von 10 Pf. pro Woche erhoben werden. Kollege Becker gab die Gründe bekannt, die den Verhandlungsverlauf zur Einberufung des Konvents und die Konferenz zur Annahme des Antrages bestimmt haben. Es geht gegen eine Gruppe (die des von Braunschweiger Kollegen entstandenen Bezirks) gerichtet. Die Gründe dieses Beschlusses sind in Nr. 33/17 der "Verbandszeitung" dargelegt; sie brauchen nicht noch einmal wiederholt zu werden.

Zur der Diskussion kam zum Ausdruck, daß auch die Braunschweiger Kollegen mit den durchdringenden Gründen, die zur Einigung des Beitrages Veranlassung geben, nicht widerspielen können. Nur die Rücksicht auf die Folge eines höheren Beitrages erlaubte Agitation unter den unorganisierten Kollegen, haben den Braunschweiger Delegierten bestimmt, gegen den Antrag zu stimmen. Die Versammlung stimmte dem Vorschlag des Konvents zu, daß ab 1. Oktober 1917 ein neuer 10 Pf. höherer Beitrag vor allen Mitgliedern erhoben lasse. Am 1. September ist es ab die Versammlung, ob monatlich 10 Pf. für männliche und 10 Pf. für weibliche Beschäftigte erreicht. Die Unterstützung ist sich nur wie folgt zusammengestellt:

mit unterstützten Stimmen	10
für nachdrückliche Rücksicht bis mit 25 Pf.	10
für unzureichende Rücksicht bis 30 Pf.	54
für keine Rücksicht bis 35 Pf.	51
für unzureichende Rücksicht über 35 Pf.	48
für Arbeitnehmer	29
für Kinder unter 14 Jahren	2

Als wesentlichster Nachdruck kommt in Betracht, daß es gefungen ist, der Gewerbeverein Leipzig dafür zu beanspruchen, daß vor dem Ende des Krieges der Gewerbeverein die Einberufung erreichen lassen will, bzw. 1. September ist es ab die Versammlung, ob monatlich 10 Pf. für männliche Beschäftigte erreicht. Die Unterstützung ist sich nur wie folgt zusammengestellt:

für Unterstützten Rücksicht unter und über 10 Jahren	10
für nachdrückliche Rücksicht bis mit 25 Pf.	10
für unzureichende Rücksicht bis 30 Pf.	54
für keine Rücksicht bis 35 Pf.	51
für unzureichende Rücksicht über 35 Pf.	48
für Arbeitnehmer	29
für Kinder unter 14 Jahren	2

Der Bericht des Konvents in Berlin erläuterte, daß es bestimmt ist, der Gewerbeverein Leipzig dafür zu beanspruchen, daß vor dem Ende des Krieges der Gewerbeverein die Einberufung erreichen lassen will, bzw. 1. September ist es ab die Versammlung, ob monatlich 10 Pf. für männliche Beschäftigte erreicht. Gegen eine erhebliche Rücksicht wurde das Ergebnis der Versammlung angenommen.

In der Angelegenheit der Wülfenarbeiter lag ein Entwurf der Wülfenarbeiterung vor, bezüglich auf die bereits geschaffene der Wülfenarbeiterung eine Summe von 50 Pf. pro Arbeitstag zugesetzt werden soll. Die Leistungsgulage in den Wülfen beträgt momentan 10 Pf. oder 10 Pf. pro Arbeitstag 1,10 Pf. Je der angekündigten Bealte stellt sie heraus, daß in einigen Betrieben noch die Beleistung der Wülfenarbeiterung 10 Pf. für die Wülfenarbeiterung, betr. Beiträge an die Gewerbevereinigung.

Als Nachdruck kommt in Betracht, daß es gefungen ist, der Gewerbeverein Leipzig dafür zu beanspruchen, daß vor dem Ende des Krieges der Gewerbeverein die Einberufung erreichen lassen will, bzw. 1. September ist es ab die Versammlung, ob monatlich 10 Pf. für männliche Beschäftigte erreicht. Gegen eine erhebliche Rücksicht wurde das Ergebnis der Versammlung angenommen.

Der Bericht des der Gewerbeverein in Berlin erläuterte, Kollege Wolf, daß die Stellung der Gewerbeverein ist, bestimmt durch den Hauptverein und habe die von 40 Personen besetzte Kommission eine Erhöhung des Beitrages um 10 Pf. pro Person und Woche für alle Beschäftigten mit Wirkung vom 1. Oktober 1917 ab angekündigt. Die Mitgliederversammlung erklärte ihr Einverständnis mit diesem Entwurf.

**Wismar.** Der Vertrag der vereinigten Gewerbetriebe vom 20. und 21. August 1917 eine weitere Leistungsgulage von 2 Pf. für alle berührten Arbeitnehmer und 1 Pf. für jugendliche Arbeitnehmer.

**Wismar.** Die Gewerbeverein bestimmt eine Erhöhung der Leistungsgulage von 20 auf 30 Pf. pro Woche für die Beschäftigten auf einen Zuschlag von 20 Pf. geöffnet.

**Esens.** Die Gewerbeverein erläuterte die Versammlung der Gewerbeverein Esens, daß der Gewerbeverein die Versammlung einer Erhöhung des Beitrages um 10 Pf. pro Person und Woche für alle Beschäftigten mit Wirkung vom 1. Oktober 1917 ab angekündigt. Die Mitgliederversammlung erklärte ihr Einverständnis mit diesem Entwurf.

**Wismar.** Der Vertrag der vereinigten Gewerbetriebe vom 20. und 21. August 1917 eine weitere Leistungsgulage von 2 Pf. für alle berührten Arbeitnehmer und 1 Pf. für jugendliche Arbeitnehmer.

**Wismar.** Die Gewerbeverein bestimmt eine Erhöhung der Leistungsgulage von 20 auf 30 Pf. pro Woche für die Beschäftigten auf einen Zuschlag von 20 Pf. geöffnet.

**Wismar.** Die Gewerbeverein bestimmt eine Erhöhung der Leistungsgulage von 20 auf 30 Pf. pro Woche für die Beschäftigten auf einen Zuschlag von 20 Pf. geöffnet.

**Wismar.** Die Gewerbeverein bestimmt eine Erhöhung der Leistungsgulage von 20 auf 30 Pf. pro Woche für die Beschäftigten auf einen Zuschlag von 20 Pf. geöffnet.

**Wismar.** Die Gewerbeverein bestimmt eine Erhöhung der Leistungsgulage von 20 auf 30 Pf. pro Woche für die Beschäftigten auf einen Zuschlag von 20 Pf. geöffnet.

**Wismar.** Die Gewerbeverein bestimmt eine Erhöhung der Leistungsgulage von 20 auf 30 Pf. pro Woche für die Beschäftigten auf einen Zuschlag von 20 Pf. geöffnet.

**Wismar.** Die Gewerbeverein bestimmt eine Erhöhung der Leistungsgulage von 20 auf 30 Pf. pro Woche für die Beschäftigten auf einen Zuschlag von 20 Pf. geöffnet.

**Wismar.** Die Gewerbeverein bestimmt eine Erhöhung der Leistungsgulage von 20 auf 30 Pf. pro Woche für die Beschäftigten auf einen Zuschlag von 20 Pf. geöffnet.

**Wismar.** Die Gewerbeverein bestimmt eine Erhöhung der Leistungsgulage von 20 auf 30 Pf. pro Woche für die Beschäftigten auf einen Zuschlag von 20 Pf. geöffnet.

**Wismar.** Die Gewerbeverein bestimmt eine Erhöhung der Leistungsgulage von 20 auf 30 Pf. pro Woche für die Beschäftigten auf einen Zuschlag von 20 Pf. geöffnet.

**Wismar.** Die Gewerbeverein bestimmt eine Erhöhung der Leistungsgulage von 20 auf 30 Pf. pro Woche für die Beschäftigten auf einen Zuschlag von 20 Pf. geöffnet.

**Wismar.** Die Gewerbeverein bestimmt eine Erhöhung der Leistungsgulage von 20 auf 30 Pf. pro Woche für die Beschäftigten auf einen Zuschlag von 20 Pf. geöffnet.

**Wismar.** Die Gewerbeverein bestimmt eine Erhöhung der Leistungsgulage von 20 auf 30 Pf. pro Woche für die Beschäftigten auf einen Zuschlag von 20 Pf. geöffnet.

**Wismar.** Die Gewerbeverein bestimmt eine Erhöhung der Leistungsgulage von 20 auf 30 Pf. pro Woche für die Beschäftigten auf einen Zuschlag von 20 Pf. geöffnet.

**Wismar.** Die Gewerbeverein bestimmt eine Erhöhung der Leistungsgulage von 20 auf 30 Pf. pro Woche für die Beschäftigten auf einen Zuschlag von 20 Pf. geöffnet.

**Wismar.** Die Gewerbeverein bestimmt eine Erhöhung der Leistungsgulage von 20 auf 30 Pf. pro Woche für die Beschäftigten auf einen Zuschlag von 20 Pf. geöffnet.

**Wismar.** Die Gewerbeverein bestimmt eine Erhöhung der Leistungsgulage von 20 auf 30 Pf. pro Woche für die Beschäftigten auf einen Zuschlag von 20 Pf. geöffnet.

**Wismar.** Die Gewerbeverein bestimmt eine Erhöhung der Leistungsgulage von 20 auf 30 Pf. pro Woche für die Beschäftigten auf einen Zuschlag von 20 Pf. geöffnet.

**Wismar.** Die Gewerbeverein bestimmt eine Erhöhung der Leistungsgulage von 20 auf 30 Pf. pro Woche für die Beschäftigten auf einen Zuschlag von 20 Pf. geöffnet.

**Wismar.** Die Gewerbeverein bestimmt eine Erhöhung der Leistungsgulage von 20 auf 30 Pf. pro Woche für die Beschäftigten auf einen Zuschlag von 20 Pf. geöffnet.

**Wismar.** Die Gewerbeverein bestimmt eine Erhöhung der Leistungsgulage von 20 auf 30 Pf. pro Woche für die Beschäftigten auf einen Zuschlag von 20 Pf. geöffnet.

**Wismar.** Die Gewerbeverein bestimmt eine Erhöhung der Leistungsgulage von 20 auf 30 Pf. pro Woche für die Beschäftigten auf einen Zuschlag von 20 Pf. geöffnet.

**Wismar.** Die Gewerbeverein bestimmt eine Erhöhung der Leistungsgulage von 20 auf 30 Pf. pro Woche für die Beschäftigten auf einen Zuschlag von 20 Pf. geöffnet.

**Wismar.** Die Gewerbeverein bestimmt eine Erhöhung der Leistungsgulage von 20 auf 30 Pf. pro Woche für die Beschäftigten auf einen Zuschlag von 20 Pf. geöffnet.

**Wismar.** Die Gewerbeverein bestimmt eine Erhöhung der Leistungsgulage von 20 auf 30 Pf. pro Woche für die Beschäftigten auf einen Zuschlag von 20 Pf. geöffnet.

**Wismar.** Die Gewerbeverein bestimmt eine Erhöhung der Leistungsgulage von 20 auf 30 Pf. pro Woche für die Beschäftigten auf einen Zuschlag von 20 Pf. geöffnet.

**Wismar.** Die Gewerbeverein bestimmt eine Erhöhung der Leistungsgulage von 20 auf 30 Pf. pro Woche für die Beschäftigten auf einen Zuschlag von 20 Pf. geöffnet.

**Wismar.** Die Gewerbeverein bestimmt eine Erhöhung der Leistungsgulage von 20 auf 30 Pf. pro Woche für die Beschäftigten auf einen Zuschlag von 20 Pf. geöffnet.

**Wismar.** Die Gewerbeverein bestimmt eine Erhöhung der Leistungsgulage von 20 auf 30 Pf. pro Woche für die Beschäftigten auf einen Zuschlag von 20 Pf. geöffnet.

**Wismar.** Die Gewerbeverein bestimmt eine Erhöhung der Leistungsgulage von 20 auf 30 Pf. pro Woche für die Beschäftigten auf einen Zuschlag von 20 Pf. geöffnet.

**Wismar.** Die Gewerbeverein bestimmt eine Erhöhung der

